

Nazi-Jäger Wiesenthal: Ende des Heldenmythos

Als Panorama 1996 den Mythos des weltbekanntesten Nazijägers Simon Wiesenthal entzauberte, brach in Deutschland eine Welle der Empörung los: Nicht gegen Simon Wiesenthal, der seinen Ruhm auf einer Lüge aufgebaut hatte („Wie ich Eichmann suchte und fand“), sondern gegen Panorama, dass den Säulenheiligen Nummer eins im deutschsprachigen Raum entthront hatte.

Auch die weiteren von Panorama aufgedeckten Märchen Wiesenthals konnte niemand widerlegen, trotzdem empörten sich über 100 Artikelschreiber damals abgrundtief über diese Art der vermeintlichen Gotteslästerung. In Ländern, wo seit dem Holocaust mehr Naziopfer als in Deutschland leben - etwa in Israel oder den USA -, blieb es schon damals merkwürdig ruhig. Denn die vielen Mogeleyen des Simon Wiesenthal waren dort schon damals nicht ganz so geheim.

Nun ist eine neue Wiesenthal-Biografie erschienen: „Simon Wiesenthal. Die Biografie“ von Tom Segev. Dort wird Wiesenthal ganz selbstverständlich eine schädliche „Neigung zu Phantastereien“ attestiert. „Der Spiegel“ etwa beschreibt Wiesenthals Aufspüren des Nazis Anton Burger jetzt so: „Ein Irrtum. Ein glücklicher Beifang. Der Tipgeber Simon Wiesenthal feierte den Zufallstreffer kurz nach Kriegsende: Natürlich sei er dabei gewesen, malte Wiesenthal aus (...). Aufhebens um sich und seine Erfolge zu machen war die Masche des Nazi-Jägers, der darob weltberühmt wurde.“

Sicher hat Wiesenthal auch Verdienste erlangt - er hielt das Thema „Fahndung nach NS-Verbrechern“ im deutschsprachigen Raum im Gespräch, als alle anderen vergessen wollten. Und selbst seine Märchen sind nicht nur seine Schuld.

Wiesenthal: das war in Deutschland der Rächer Nummer eins - ein einzelner Mensch, der die Mörder von über 20 Millionen Menschen suchen und bestrafen sollte. Wiesenthal war also auch eine Projektion dieser geschichtsblinden Öffentlichkeit, in diesem Sinne seiner eigenen Lügen und Märchen vermindert schuldig - die (deutschsprachige) Welt wollte es so.

Politiker, die viel mehr im eigenen Umfeld zur Entnazifizierung hätten tun können wie etwa Helmut Kohl (=> NS-Politiker in CDU), Kurt Waldheim (=> persönlich verstrickt), selbst Ronald Reagan (=> SS-Gräber Bitburg) -, sie erledigten ihr antifaschistisches Engagement mit ihrer Nibelungentreue zu Wiesenthal.

Wiesenthal: Das war für viele jemand, der zu Unrecht nie den Nobelpreis bekommen hat. Ein israelisches Memorandum befand hingegen, er sei ein „renommesüchtiger Schreihals, der nicht selten Dinge behauptet, die er hinterher nicht beweisen kann“. „Der Spiegel“ rehabilitiert nun den Panorama-Beitrag: „Der Chef der Sonderermittler gegen Nazi-Verbrecher im US-Justizministerium, Eli Rosenbaum, urteilte 1996 im deutschen Fernsehen über Wiesenthal: ‘unbegabt, egomanisch, verbreitet unzutreffende Informationen, eine tragische Gestalt’.“

Quelle: <http://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/wiesenthal103.html>

Sogar Augstein ist ein Antisemit

Henryk M. Broder: „Jakob Augstein ist ein lupenreiner Antisemit, eine antisemitische Dreckschleuder“. Eingehandelt hat er sich die Vorwürfe mit seiner Kolumne auf Spiegel Online. In der geht es um die Ereignisse rund um das zu traurigem Ruhm gelangte „Mohammed-Video“ auf Youtube. Augstein legte angeblich nahe, die israelische Regierung habe in Zusammenarbeit mit US-Republikanern „die Sache auf den Weg gebracht“ schreibt Broder. „Das ist ein klassisches antisemitisches Argumentationsmuster, das Augstein bei den Alt- und Neonazis abgekupfert hat.“

Quelle: Fr-online, 18.9.2012, NJ 164 - 2012 (www.globalfire.tv), National Journal BOX 272, GB Uckfield/TN22 9DJ

Wir lassen uns nichts diktieren!

Viktor Orbán, ungarischer Ministerpräsident: „Ungarn hat sich 1848 nichts von Wien und 1956 nichts von Moskau diktieren lassen – ich werde dafür sorgen, daß nun auch aus Brüssel nichts diktiert wird.“

Skandalumwittertes Schwechater Multiversum steht vor Pleite

Kein Ende ist im Politstreit rund um das finanziell angeschlagene Schwechater Veranstaltungszentrum „Multiversum“ abzusehen. Binnen einer Woche platzte eine Gemeinderatssitzung zum Thema einer finanziellen Sanierung des Projekts zweimal. Sowohl am 18. als auch am 24. Februar 2012 zogen die Oppositionsmandatäre von FPÖ, ÖVP und Grünen aus dem Schwechater Gemeinderat aus. Die von SPÖ-Bürgermeister Hannes Fazekas vorgelegten Sanierungsvarianten fanden nicht die Zustimmung der Opposition.

Neuer Nationalbank-Skandal um günstige Wohnungen bahnt sich an

Ein neuerlicher Nationalbank-Skandal könnte kurz vor dem Aufbrechen sein. In den neunziger Jahren kam die Nationalbank - nicht zuletzt durch die Aufklärungsarbeit der FPÖ - jahrelang nicht mehr aus den Schlagzeilen. Von der undurchsichtigen Eigentümerstruktur über die Privilegien der Vorstände und Mitarbeiter wurde hier alles politisch und medial auseinander genommen. Seit zwei Jahren köchelt nun ein Kriminalfall um die Notenbank-Druckerei und ihre dubiosen Geschäfte bei der Staatsanwaltschaft. Und nun kommt eine Immobilien-Causa dazu. Rund 200 Nationalbank-Mitarbeiter sollen in wahren Traumwohnungen residieren. Vor allem SPÖ-nahe Nationalbank-Beamte sollen in den repräsentativen Wohnungen ihre Zelte aufgeschlagen haben.

Im Jänner 2013 erreichte die FPÖ ein vertraulicher Hinweis, in dem auf zahlreiche Mißstände in der Österreichischen Nationalbank hingewiesen wurde. Der Verfasser der Information muß offensichtlich über die inneren Vorgänge der OeNB und ihrer Töchter bestens im Bilde sein. Zu den Wohnungen heißt es in der Information laut **parlamentarischer Anfrage des FPÖ-Finanzsprechers Elmar Podgorschek**:

Fall 4: der Schwindel mit den Bankwohnungen. Zirka 200 begünstigte Angestellte (meist rote SP-Mitglieder) sitzen in Traumwohnungen zu lächerlichen Mieten. Um seinen Reformeifer zu beweisen, hat der Gouverneur laut angekündigt, diese Wohnungen zu verkaufen. Und zwar an

Rot-Weiss-Rot-Karte entpuppt sich als Mega Flop

Als großer Wurf wurde sie von der Bundesregierung gefeiert, doch zum veritablen Rohrkrepiere ist die Rot-Weiß-Rot-Karte geworden. Mit besagter Karte wollte man hochqualifizierten Ausländern aus Nicht-EU-Staaten den Zutritt zum österreichischen Arbeitsmarkt erleichtern. Darunter fallen Fachkräfte in Mangelberufen, Studienabsolventen und sowie selbständige und unselbständige Schlüsselkräfte. Wohl in völliger Fehleinschätzung der Attraktivität Österreichs für internationale Spitzenkräfte ist man für das Jahr 2012 von 8.000 Interessenten ausgegangen. Gerade einmal 1.500 sind es geworden.

Bezeichnend für dieses Ergebnis ist der Umstand, dass selbst Uni-Absolventen, die in Österreich studierten, nach ihrem Abschluss das Land zuhauf wieder verlassen. Lediglich 16 Prozent von ihnen bleiben. Um für Folgejahre nicht wieder ein derart blamables Ergebnis einzufahren, wird von Integrationsstaatssekretär Kurz (ÖVP) angedacht, das Bleiberecht auf Inhaber des niedrigen akademischen Grades „Bachelor“ auszuweiten und die Mindesteinkommensgrenze von derzeit 1998 Euro brutto zu senken.

Österreich ist Magnet für Minderqualifizierte

Während Österreich für internationale Leistungsträger offensichtlich uninteressant ist, erfreut sich das Land für minderqualifizierte Personen einer hohen Anziehungskraft. Rund 43.000 Zuwanderer aus nicht EU- und EWR-Staaten wanderten im Jahr 2011 zu. Größte Herkunftsgruppen waren Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei. Dass es sich dabei ganz und gar nicht um Leistungsträger handelt, offenbart die Statistik. 66,8 % der nach Österreich zugewanderten Türken und 37,4% der Ex-Jugoslawen verfügen nur über einen Pflichtschulabschluss. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Arbeitslosenrate. Während die Quote inklusive Schulungsteilnehmern des AMS 2011 bei Österreichern 7,8 % betrug, waren es bei der Gruppe des ehemaligen Jugoslawiens 12, bei den Türken 15,5 und bei sonstigen Ausländern gar 19,8 %. Während diese Gruppen bei den Negativfaktoren weit überdurchschnittlich präsent sind, zeigt sich bei Leistungsfaktoren ein umgekehrtes Bild. So verfügen beispielsweise nur 3,9 % der Türken über einen Hochschulabschluss und die Erwerbsquote liegt bei nur 59 %. (Quelle: BMI, Zahlen-Daten-Indikatoren 2012).

Quelle: www.unzensuriert.at

die Mieter. Durch teure Gutachten (deren Ergebnisse freilich vorher ausgemacht wurden) sind die „marktüblichen“ Preise erhoben worden. Gleichzeitig hat man mit dem Betriebsrat ausgemacht, daß das schon die meisten abgeschreckt hat, und die Minderheit, die doch noch kaufen wollte, ist eben durch den vorher festgelegten Prozentsatz leider ins Leere gelaufen... Somit ändert sich für die nächsten 30, 40 Jahre gar nichts für die Privilegierten! Bis der Letzte oder seine Witwe rausgestorben ist. Ein „Erfolg“ des Betriebsrats mit tatkräftiger Mithilfe des Herrn Gouverneurs! Ganz schlimm ist, daß man das genauso vorher besprochen und beabsichtigt hat. Ein Betrug an der Öffentlichkeit, den Steuerzahlern und den anderen Angestellten!

Podgorschek hat diese Informationen zum Anlaß genommen, bei der für die Nationalbank zuständigen Finanzministerin Fekter nachzufragen, welche Kenntnisse sie über die Wohnungen der Nationalbank hat, ob tatsächlich ein Verkauf erfolgen sollte und warum er fehlschlug. *Quelle: www.unzensuriert.at*

Einzug der Pornografie in Volksschulen

Wer klärt unsere Kinder auf?

Bereits Volksschulkinder sind mit Pornografie, im Besonderen harter Pornografie konfrontiert. Das sind Beobachtungen des Vereins Safer Surfing, der sich schwerpunktmäßig mit der Thematik Ausweg aus der Pornografie auseinandersetzt. Neue Technologien im Web-Streaming Bereich und das Tragen von Smartphones durch Volksschüler machen den Zugang zu harter Pornografie, bereits für Sechsjährige, sehr einfach. Der Porno-Tausch floriert.

Waren es früher DVD's und TV's, die einem Zugang zu Soft-Pornos ermöglichten, sind es heute die neuen Medien, wie Smartphones und Co. Available, Affordable und Anonymous. Das sind die drei „A“s die den Zugang erleichtern. Der Verein Safer Surfing, mit monatlich mehr als 20.000 Websitebesuchern, beobachtet zunehmend den Einzug harter Pornografie durch die neuen Medien in Schulen.

„Wir sind überrascht, daß die meisten Elternabend-Einladungen zum Thema „Soll das Internet unsere Kinder aufklären?“ von Seiten der Volksschulen erfolgen“, so der Vereinsobmann Philip Pöschl.

„Smartphones werden von Eltern weder kontrolliert, noch mit entsprechend Internet-Kinderschutz-Software ausgerüstet. Pornografie wird zum ersten Referenzpunkt was Sexualität angeht“, so Pöschl und ergänzt „Sexualität ohne Kondome - Das ist die Botschaft, die jungen Menschen heute vermittelt wird“ . (Quelle APA/OTS)

Quelle: www.erstaunlich.at

Vassilakou will Wien Waden machen

Grüne Verkehrsstadträtin will „sattes Plus“ beim Radverkehrsanteil.

Wiens Verkehrsstadträtin Maria Vassilakou (G) will den Radverkehrsanteil bis Jahresende deutlich von derzeit gut sechs auf acht Prozent erhöhen. Gelingen soll dies dank intensiver Werbe- und Bewusstseinsmaßnahmen sowie durch Verbesserungen der Infrastruktur. So soll das Radwegenetz heuer um rund 18 Kilometer erweitert werden, wofür vier Mio. Euro budgetiert sind. Außerdem entsteht demnächst die erste Fahrradstraße Wiens - nämlich beim Kahlenbergedorf in Döbling. Starken Rückenwind erwartet sich die Ressortchefin auch von der Biker-Konferenz „Velo-City“, die im Juni in der Bundeshauptstadt über die Bühne gehen wird.

„Ich will ein absolutes Rekordjahr, ein sattes Plus“, zeigte sich Vassilakou am Freitag in einer Pressekonferenz selbstsicher. Ende 2012 betrug der Anteil der Radler am Gesamtverkehrsaufkommen noch 6,3 Prozent. Im Regierungsübereinkommen hat sich Rot-Grün vorgenommen, bis 2015 die Zehn-Prozent-Grenze zu erreichen.

Durch Ausbauschnitte soll das Radwegenetz 2013 von derzeit 1.222 auf dann 1.240 Kilometer Länge anwachsen. Allerdings: Nur fünf Kilometer kommen aus dem Zentralbudget, für den Rest müssen die Bezirke Geld locker machen. Der Schwerpunkt liegt heuer auf Lückenschlüssen, etwa auf dem noch ausstehenden Abschnitt Jonas-Reindl am äußeren Ringradweg.

Außerdem soll die Stadt bald ihre erste Fahrradstraße erhalten. Dazu auserkoren wurde die - alles andere als zentral gelegene - Kuchelauer Hafestraße. Sie verläuft entlang der Donau auf Höhe Kahlenbergedorf in Döbling. Es seien noch weitere Radstraßen in der Pipeline, versicherte die Stadträtin. Für Details sei es aber noch zu früh. Gute Chancen dürfte jedenfalls auch die Hasnerstraße in Ottakring haben, die bereits vor einiger Zeit zur „fahrradfreundlichen Straße“ - einer abgespeckten Variante der Fahrradstraße - umgewandelt wurde. Die Schaffung von Fahrradstraßen wird dank der Novelle der Straßenverkehrsordnung, die mit Anfang April gilt, möglich. Sie sind vorrangig Bikern und Fußgängern vorbehalten, Autoverkehr ist nur ausnahmsweise erlaubt.

Außerdem werden dieses Jahr einige Konfliktbereiche entschärft - etwa jenes Nadelöhr am inneren Ringradweg beim Hotel Bristol. Dort wird der Radweg in die Fahrbahn verlegt. Vorgezogene Haltelinien an Kreuzungen sollen außerdem für bessere Sichtbarkeit sorgen. An einer Lösung für den Getreidemarkt, wo nach massiver Kritik die ursprünglichen Pläne wieder verworfen wurden, werde noch gearbeitet, so Vassilakou.

Einen Boom fürs städtische Strampeln erhofft sich Vassilakou von der Velo-City im Juni. Manfred Neun, Präsident der European Cyclists' Federation, verwies heute darauf, dass München, wo 2007 die Biker-Weltkonferenz stattgefunden hatte, einen deutlichen Schub erfuhr. Dort habe man zuvor - ähnlich wie in Wien - rund sechs Prozent Radleranteil gehabt. Derzeit liege man bei über 17 Prozent.

Quelle: www.oe24.at

Die Verlogenheit der Wiener Rathaus-Partie

Sie hetzen unter Verschwendung vieler Steuermillionen gegen die Privatisierung und privatisieren dennoch zugleich selbst wie wild drauf los. Wo es ihnen passt und nützt. Verlogener geht's nimmer.

Rot und Grün genieren sich nicht einmal, sogar am Höhepunkt der Propaganda gegen Privatisierungen ein Riesenstück der Stadt zu privatisieren. Offenbar können sie sich sicher sein, dass die von ORF, Krone und „Österreich“ verblödeten Menschen dennoch im Sinne von Rotgrün gegen die Privatisierung stimmen werden. Im jüngsten Beispiel der linken Doppelzüngigkeit geht es um die Donau-Insel. Ein soeben neu gegründeter Verein (natürlich ganz bestimmt lauter ehrenwerte Leute ohne Nähe zur Partei) wird jetzt alle Konzerte auf der „Festwiese“ der Donauinsel exklusiv koordinieren und die „Rahmenbedingungen“ schaffen. Und er wird auch gleich mit 200.000 Euro Steuergeld gesegnet. Wie es in Wien ja zweifellos jeder Verein bekommt.

Diese Rathaus-Logik muss ein normaler Mensch erst lernen: Wenn Linke einen Verein gründen, ist das gut. Und da darf weiter privatisiert werden. So wie die Gemeinde – um nur ein weiteres Beispiel zu nennen – mit den parteieigenen beziehungsweise -nahen Verlagen Echo und Bohmann weiterhin die windigsten Geschäfte machen darf. Wenn es hingegen andere Vereine oder Unternehmen sind, bricht plötzlich die Katastrophe eines ominösen Liberalismus aus.

Unverschämter und verlogener geht's nimmer. Oder doch?

Es geht sehr wohl. Das Rathaus war sogar imstande, zwischen zwei unmittelbar hintereinander stehenden Sätzen einen absoluten Widerspruch zu formulieren.

Man schaue sich nur die Fragen 3 und 4 der sogenannten Volksbefragung an. In der Frage 3 heißt es: „Die kommunalen Betriebe bieten der Wiener Bevölkerung wichtige Dienstleistungen. Zum Beispiel Wasser, Kanal, Müllabfuhr, Energie, Spitäler, Gemeindewohnbauten und öffentliche Verkehrsmittel. Sind Sie dafür, dass diese Betriebe vor einer Privatisierung geschützt werden?“ In der folgenden Frage 4 heißt es hingegen: „Soll die Stadt nach dem Beispiel der Bürger/innen-Solkraftwerke weitere erneuerbare Energieprojekte entwickeln, die mit finanzieller Beteiligung der Bürger/innen realisiert werden?“

Alle Juristen und Ökonomen sind sich freilich einig: Wenn sich Bürger an einem Kraftwerk beteiligen, dann ist dieses zur Gänze oder zum Teil privatisiert. Aber genau das (also die Privatisierung) soll laut Frage 3 verboten werden! Dabei will Frage 3 sogar ausdrücklich die Privatisierung eines Energie-Unternehmens verbieten!

Bisher habe ich ja geglaubt, nur der Bürgermeister ist die meiste Zeit berauscht. Aber ganz offensichtlich kennt der rot-grüne Machtrausch in Wien weit über die Person des Herrn Häupl hinaus überhaupt keine Grenzen der Unanständigkeit und Unlogik mehr. *Quelle: 07. März 2013 02:51 | Autor: Andreas Unterberger*

Gibt's das?

Der SED hatten sich weit mehr ehemalige Nationalsozialisten angeschlossen als bisher bekannt. 1954 waren 27 Prozent aller Mitglieder der DDR-Regierungspartei zuvor in der NSDAP und deren Gliederungen. Das hat der Historiker Jan Fotzik herausgefunden. Bereits von 1946 an habe die SED demnach Ex-Nazis aufgenommen - als erste deutsche Partei nach dem Krieg. Ein Jahr später befanden die ostdeutschen Innenminister, frühere NSDAP-Mitglieder seien als „gleichberechtigte Bürger“ zu behandeln. Alt-Nazis hielten auch Einzug in den DDR-Verwaltungsapparat: Noch 1954 waren 32,2 Prozent aller Angestellten im Öffentlichen Dienst der DDR ehemalige Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen.

Quelle: Jan Fotzik (Hg.): „Sowjetische Interessenspolitik in Deutschland 1944-54. Dokumente“. Oldenbourg Verlag, München, 629 Seiten; 74,80 Euro

So können korrupte Bürger ihre Schmiergelder korrekt versteuern

Im neuen Steuerbuch 2013 gibt das Finanzministerium unter Maria Fekter (ÖVP) nicht nur brauchbare Tipps zur Arbeitnehmerveranlagung, sondern auf Seite 98 auch zur korrekten Veranlagung von „Incentives oder Schmiergeldern“. Mit dem Formular L1i müssen „Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit ohne Lohnsteuerabzug“ deklariert werden.
